

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und dem Ausgabeposten 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,50 RM., bei Postbestellung 3 RM., zuzüglich Abnahme- und Geschäftsstellen- und Geschäftsstellen-Veränderungsgebühren. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Abholung des Bezugspreises. — Rücksendung einzelner Exemplare erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Anzeigenpreis: Die 8 gespaltene Nummernreihe 20 Rpf., die 4 gespaltene Reihe der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 2 gespaltene Reklamereihe im täglichen Teil 1 Reichsmark. Nachverteilungsgeld 20 Reichspfennig. Werbetage und Wochenblätter werden nach Möglichkeit angenommen bis zum 10. März. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Anzeigen nehmen alle Vertriebsstellen entgegen.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 298 — 89. Jahrgang Teleg.-Abt.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Dienstag, den 23. Dezember 1930

„Verkehr weckt Verkehr.“

Wohl immer hat es sich bei der Reichspost auch finanziell gelohnt, wenn einmal großzügig eine Portoberabsetzung dekretiert wurde. Zuerst die Bedenken, man müsse doch bei der Bemessung des Portos von den Selbstkosten ausgehen, die der Post entstünden. Denn zunächst bedeuten solche Portoverminderungen gewöhnlich, daß die Post auch wirklich einen gewissen Zuschuß leisten muß. Immer aber war das nur eine Übergangszeit; schnell stellte sich dann infolge Anstiegens des „Bedarfs“ auch der klingende Erfolg solcher Maßnahmen auch für die Post ein. „Die Masse muß es bringen“ gilt als kaufmännischer Grundsatz auch für dieses öffentliche Unternehmen, dem ja gesetzlich auch zugestanden worden ist, selbstständig arbeiten und dabei „nach kaufmännischen Grundsätzen“ verfahren zu dürfen. Wie war der postalische Betrieb so groß, der finanzielle Erfolg so bedeutend wie in der Zeit, als die Portokosten ihren niedrigsten Stand hatten.

Nun hat sich die Reichspost — allerdings in recht bescheidenem Maße — zu einem „Preisabbau“ entschlossen. Leider ist das aber noch Zukunftsmusik, weil diese Gebührenerabsetzung erst zum 1. März nächsten Jahres eintreten soll. Dabei wird doch schon am 1. Februar die Summe recht beträchtlich vergrößert, die von der Reichspost als Gehalt und Lohn an ihre Beamten, Angestellten und Arbeiter gezahlt werden muß. Außerdem macht sich der allgemeine Preisabbau auch bei den Ausgaben der Post sicherlich recht stark bemerkbar; ist sie doch als Auftraggeber von großer wirtschaftlicher Bedeutung sehr wohl in der Lage, von den Lieferanten weitgehendes Entgegenkommen bei den Preisen zu verlangen und zu erreichen. Infolgedessen liegt kaum eine „Gefahr“ vor, daß eine Portoberabsetzung sich unangenehm für die hohen Abschüsse geltend macht, die an das Reich abzuführen sind. Allein der Gehaltsabbau bringt nach einer Mitteilung des Reichsfinanzministers der Post eine Ausgabenersparnis von 62 Millionen; hinzu kommen noch die andern, eben erwähnten Ausgabenrückgänge, — aber die Post selbst veranschlagt jene Summe, um die durch eine Portoverminderung der beabsichtigten Art die Wirtschaft entlastet werden soll, nur auf 40 Millionen.

Praktisch liegt's doch so, daß z. B. bei der Beförderung des Massenverkehrs in Drucksachen die Selbstkosten der Post sehr viel langsamer steigen als das anwachsende Massenbedürfnis des Drucksachenverkehrs. „Verkehr weckt Verkehr“ hat einmal der Begründer der Deutschen Reichspost, der bekannte Staatssekretär Stephan, gesagt und entsprechend in der Portofrage gehandelt. Denn Voraussetzung dafür, daß sich diese alte Erfahrung auch bei der Reichspost bestätigt, ist eben, daß dem „Verkehr“ durch entsprechende Gebührenerbilligung auch der notwendige Anreiz zum Anwachsen gegeben wird. Und da sollte man bei der Post nicht gar so kleinlich sein, immer nur an die „Selbstkosten“ zu denken, sollte man — wie übrigens auch angestrebt wird — mit der Gebührenerbilligung nicht bis zum März warten; endgültige Beschlüsse hierüber wird freilich erst der im Januar zusammenzutretende Verwaltungsrat der Reichspost fassen. In ihm sitzen neben den Beamten und Parlamentariern auch führende Leute der deutschen Wirtschaft. Und gerade in der Wirtschaft hält man das Entgegenkommen der Post für nicht weitgehend genug, empfiehlt z. B. besonders dringend eine Herabsetzung des Drucksachenportos um zwei Pfennige und rechnet dabei unbedingt mit einem starken Anschwellen dieses Teiles des Postverkehrs, so daß auch hier die Selbstkosten sehr bald nicht bloß wieder eingeholt, sondern rasch überholt werden können.

Eine solche Verbilligung allein etwa schon der Reklame-sendungen hat ja nicht zu verachtende Auswirkungen auf andere Teile der Wirtschaft. Direkte, aber auch indirekte, belebende Wirkungen. Die Absatzfrage, — das ist ja der Drehpunkt unserer Wirtschaftskrise. Alle nur denkbaren Mittel werden angewendet, um den Absatz zu heben, zum Kauf anzureizen. Aber die Kosten spielen dabei eine sehr wesentliche, bisweilen eine recht enge Grenzen ziehende Rolle. Man würde gern weitergeben, — aber es kostet zuviel. Hoffentlich wird sich daher die Post entschließen, nicht noch im Monate die Gebührenerbilligung hinauszuschieben, sondern sie baldmöglichst und umfassender durchzuführen. Ebenso wie die Reichsbahn ist die Reichspost dazu bestimmt, ein Instrument nicht bloß zur Weltaktivierung, sondern vor allem zur Hebung des Verkehrs zu sein. Sie ist in der glücklichen Lage, ein fast unbeschränktes Monopol zu besitzen, — aber das bringt nicht nur Rechte mit sich; das enthält ganz besondere Pflichten. Pflichten der notleidenden Wirtschaft gegenüber, mit deren Wiederaufstieg auch der finanzielle Erfolg der Reichspost aufs engste verbunden ist.

Wirth und Friaß vertragen sich.

Das Reich zahlt die thüringischen Polizeizuschüsse. In dem seit längerer Zeit schwebenden Konflikt zwischen dem Reichsinnenministerium und der thüringischen Landesregierung wurde vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig ein Vergleich geschlossen. Nach dieser Einigung hebt das Reich die Sperre der Polizeizuschüsse für Thüringen auf und zahlt die einbehaltenen Beträge nach.

Schutz der bäuerlichen Veredelungswirtschaft

Die Landwirtschaft an der Jahreswende.

Reichsminister Schiele über die Aufgaben der Agrarpolitik. In einem Vortrag führte Reichsminister Schiele u. a. aus: Die Ursache der Agrarkrise in ihrem gegenwärtigen Ausmaß liege in erster Linie in der alle Teilgebiete der Landwirtschaft und

die gesamte Welt umfassenden Überproduktion. Daraus ergebe sich eine Reihe von Fragen, um die man auch mit Parteidoctrinen und Interessentwünschen nicht länger herumkomme. Wer mit ihm der Auffassung sei, daß Deutschland aus Gründen der wirtschaftlichen, der nationalen und der volkswirtschaftlichen Selbsterhaltung auf eine lebensfähige Landwirtschaft nicht verzichten könne, der müsse bereit sein, auch Opfer zu bringen. Zum Schutze vor den Preisstürzen des Weltmarktes müsse heutzutage in ganz anderem Ausmaß Agrarpolitik getrieben werden, als dies bis vor Jahresfrist geschehen sei. Die deutsche Verbraucherschaft dürfe nicht glauben, daß das jetzige ungewöhnlich niedrige internationale Agrarpreisniveau auf die Dauer Bestand haben könne. Da die Landwirtschaft aller Länder bei den jetzigen Preisen mehr oder minder schwere Verluste erleide, müsse schon in nicht zu ferner Zeit ein Produktionsrückgang und damit ein allgemeines Steigen der Agrarpreise

in der gesamten Welt eintreten. Die gegenwärtige Agrarpolitik sei deshalb nur eine außerordentliche Notmaßnahme, durch die die deutsche Landwirtschaft über die Zeit der internationalen Agrarkrise hinweggerettet werden solle. Besonders die deutsche Arbeiterschaft solle bedenken, daß Agrarpolitik nicht einseitige Interessenspolitik, sondern auf etwas weitere Sicht berechnet, Staatspolitik und damit zugleich auch Sozialpolitik sei. Die Landwirtschaft müsse sich die Erkenntnis zu eigen machen, daß sich eine internationale Krise solchen Ursanges, wie wir sie heute erleben, durch kein Mittel der Politik in raschem Ansturm radikal aus der Welt schaffen lasse. Die Reichsregierung habe im letzten Jahre eine Reihe von Agrarmaßnahmen auf zollpolitischen und innenwirtschaftlichem Gebiet getroffen, von denen man zusammenfassend sagen dürfe, daß für den Betriebebau nimmere alle gesetzgeberischen Wege geerbt seien.

Die deutschen Getreidepreise, namentlich die Roggenpreise, seien zwar vorläufig nicht ausreichend, betrügen aber bereits das Doppelte der Weltmarktpreise. Die alten Überschussvorräte schwänden, die Roggenfütterungsaktion komme in weitere Stadien, Maßnahmen zur Konsumsteuerung seien eingeleitet, die Produktionsumstellung mache gute Fortschritte. Für den Nachfrückbau seien die ent-

stehenden innenwirtschaftlichen Maßnahmen zur rationelleren Verwertung der Erzeugung bereits getroffen oder händen kurz vor ihrem Abschluß. Hier sei noch vieles auszubauen. Das Handelsklimagoesetz habe hierzu neue Handhaben geschaffen. Sehr viel weniger günstig lägen die Dinge für die Viehwirtschaft.

Nicht nur bei Schweinen, sondern gerade auch auf milch-wirtschaftlichem Gebiete stehe man, weltwirtschaftlich betrachtet, erst im Anfang der Krise. Hier müßten so schnell wie möglich neue Schutzmaßnahmen getroffen werden.

Weiter vertrat der Minister die Auffassung, daß sich Deutschland heute bereits für die Veredelungswirtschaft

zollpolitisch so rüsten müsse, daß jederzeit durch schnelles Handeln drohenden Gefahren vorgebeugt werden könne. Die bestehenden Handelsverträge legten unserer Zollautonomie zurzeit noch Beschränkungen für eine Reihe sehr bedeutungsvoller Produkte der bäuerlichen Veredelungswirtschaft, des Garten- und Weinbaues sowie der Forstwirtschaft auf, die für die Dauer unerträglich seien. Die allmähliche Abkehr von dem jetzigen

Prinzip der allgemeinen Meißbegrenzung in Verbindung mit Tarifabreden sei daher unerlässlich. Bei dem gegenwärtigen Ausmaß der allgemeinen Wirtschaftskrise und der erhöhten Bedeutung, die der Weltmarkt gerade in dieser Zeit für die deutsche Wirtschaft und den deutschen Arbeitsmarkt habe, sei es aber geboten, nur mit größtem Vorbedacht an den bestehenden handelspolitischen Beziehungen Deutschlands zu rühren. Es müsse vielmehr wie bei Finnland der Weg der Verhandlung beschritten werden.

Es werde die erste Aufgabe der Reichsregierung im neuen Jahre sein müssen, die Parole „mehr Schutz der Veredelungswirtschaft“ in die Tat umzusetzen. Allein mit diesen Mitteln der Zollpolitik, der Handelspolitik und bernftständischen Abfertigung lasse sich aber die Not im Osten nicht mehr meistern. Hand in Hand damit müsse eine schnell wirkende, für jeden Ostmärker fühlbare Wirtschaftspolitik gehen, um das Verschinken der ostdeutschen Landwirtschaft im Schuldensumpf zu verhindern.

Das Ostproblem sei längst aber das speziell Agrarische hinausgewachsen. Der dünn besiedelte deutsche Osten sei das Kolonialland der deutschen Zukunft. Kolonisierung erfordere zunächst Aufwendungen und Investitionen, aber sie werde sich unter den gegebenen Voraussetzungen für die deutsche Volkswirtschaft zu einer Quelle innerer Kraft und sozialer Wohlfahrt entwickeln. Die deutsche Ostpolitik sei zugleich der erste Schritt auf dem Wege zu nationaler Kraftentfaltung und zu wahrer innerer und äußerer Freiheit.

des Reiches begründen, wird durch diesen Vergleich nicht vorgreiften.“

Dieser Vorschlag wurde nach längerer Aussprache von den Beteiligten angenommen. Reichsinnenminister Dr. Wirth trat von Leipzig aus eine Urlaubstreife an.

Führende Amerikaner fordern Abrüstung.

New York, 22. Dezember. Die große Blätter veröffentlichen in großer Aufmachung eine Erklärung des Kuratorenkomitees des Carnegie-Instituts, dessen Mitglieder Elbin Root, Nicholas Murray Butler und andere unter Berufung auf den Versailles Vertrag die früheren alliierten und assoziierten Mächte an die feierlich eingegangene Abrüstungsverpflichtung erinnern. Die gebieterische Pflicht aller Vertragspartner, einschließlich Amerikas, sei es nunmehr, das Versprechen unverzüglich einzulösen, nachdem es Jahre bereits versprochen sind.

Mäßigende amerikanische Fachleute des internationalen Rechts stellen sich hiermit zum erstenmal offiziell auf den immer von Deutschland vertretene Standpunkt, daß die Alliierten im Versailles Vertrag die Verpflichtung eingegangen sind, ihre Rüstungen zu beschränken und daß die Welt durch die Friedensverträge ein Recht auf allgemeine Abrüstung hat.

Argentinien will keine Einwanderer.

Sichtvermerksgebühren erhöht. Argentinien hat eine Reihe von einschränkenden Bestimmungen erlassen, um die Einwanderung praktisch auf das Mindestmaß zu bringen. Die Gebühr für Sichtvermerke ist von 3 auf 33 Goldpesos erhöht worden.

Vintila Bratiann †

Bukarest, 22. Dezember. Vintila Bratiann, der Führer der Liberalen, erlitt heute nachmittag und abend zwei Schlaganfälle. Er ist dem zweiten Anfall erlegen.

Frau Kollantay in Ingnaden?

Die Stockholmer Sowjetgesandtin zurückberufen. Die Stockholmer Sowjetgesandtin, Frau Alexandra Kollantay, ist plötzlich nach Moskau abgereist; sie soll in Ingnade gefallen und zurückberufen worden sein. Angeblich ist man in Moskau nicht zufrieden mit der allzu